

**SPD**

Dr. Sascha Raabe  
Mitglied des  
Bundestages



DEM DEUTSCHEN VOLKE

NEWSLETTER VON DR. SASCHA RAABE  
AUSGABE 2/ 2016

Mitteilung vom 15.02.2016

## Wahlkampfunterstützung in Rodenbach

Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Christoph Degen habe ich kürzlich die SPD-Rodenbach im Kommunalwahlkampf unterstützt. Die Gemeinde Rodenbach, in der ich selbst von 1996 bis 2002 Bürgermeister war, hat sich unter meinem Nachfolger Klaus Schejna sehr gut weiterentwickelt. Rodenbach verfügt über eine hervorragende Infrastruktur mit herausragenden Angeboten für Kinder, Jugendliche, Senioren und Vereine. Damit dies auch künftig so bleibt, braucht die SPD-Fraktion in der Gemeindevertretung auch weiter-



hin eine Mehrheit. Dafür haben auch Julian Euler und Stefan Brehm gewonnen. Also: **Am 6. März in Rodenbach und im Kreis SPD wählen!**



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**

Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik  
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

E-Mail:

sascha.raabe@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**

Am Freiheitsplatz 6

63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756

Bericht aus Berlin vom 12.02.2016

## Geistiger Brandstifter aus Bayern

Um es gleich vorneweg zu sagen: Natürlich darf die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von jedem deutlich kritisiert werden. Und den Bürgerinnen und Bürgern, die durchaus berechtigt Sorge haben, dass noch mehr Flüchtlinge bei uns immer schwerer integrierbar werden, müssen wir als Politiker die richtigen Antworten geben und dürfen sie nicht pauschal in die rechte Ecke stellen. Ein bayrischer Ministerpräsident darf auch Obergrenzen und sichere Grenzen fordern. Es muss für einen Parteivorsitzenden einer der drei Regierungsparteien aber auch eine sichere

Grenze zwischen zulässiger Kritik und dem Schüren rechtsextremer Vorurteile geben. Diese Grenze hat Horst Seehofer deutlich überschritten als er kürzlich davon sprach, dass es in Deutschland die "Herrschaft des Unrechts" gäbe. Wenn Rechtsextreme von NPD, Pegida und AfD derartiges von sich geben ist das schlimm genug. Aus dem Munde eines Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden einer Regierungspartei ist das jedoch unverantwortlich und brandgefährlich. Denn was ist die Botschaft Seehofers für all diejenigen, die schon jetzt der

**SPD**

Meinung sind, dass sie wegen der Flüchtlingsströme in einem Unrechtsstaat leben und die der Auffassung sind, dass Merkel eine Tyrannin und Volksverräterin sei und deshalb die politisch Verantwortlichen ebenso wie die Flüchtlinge eigentlich beseitigt werden müssen? Seehofers Worte können von denjenigen, die Flüchtlingsheime anzünden genauso wie von denen, die in Köln die jetzige Oberbürgermeisterin Reker mit dem Messer attackierten oder unseren Landrat Erich Pipa mit Mord bedrohen, als moralische Rechtfertigung verstanden werden. Hat Horst Seehofer eigentlich ver-

gessen, dass in der von ihm als Unrechtsregime dargestellten Bundesregierung auch Minister seiner eigenen Partei beteiligt sind? Und wie passt das zum peinlichen Kniefall von ihm vor Wladimir Putin in Moskau? Ist Putin, der die Krim völkerrechtswidrig annektiert hat, in der Ostukraine Krieg führt und zur Zeit mit dem Diktator Assad die syrische Zivilbevölkerung massakriert, etwa im Gegensatz zu Angela Merkel die Lichtgestalt des Rechts? Horst Seehofer ist zur Zeit einer der gefährlichsten geistigen Brandstifter in Deutschland.

Pressemitteilung vom 11.02.2016

## „Seehofer ist ein gefährlicher geistiger Brandstifter“ Heringssessen der SPD Bruchköbel: Dr. Sascha Raabe geißelt Seehofers Aussagen

Bruchköbel. Vor den leckeren Speisen beim Heringssessen der SPD Bruchköbel fand der Hauptredner Dr. Sascha Raabe deftige Worte: "Horst Seehofer ist zur Zeit einer der gefährlichsten geistigen Brandstifter in Deutschland", sagte der Bundestagsabgeordnete bei der Traditionsveranstaltung der Genossen vor 150 Gästen in der Mehrzweckhalle Roßdorf. Wenn der bayrische Ministerpräsident behauptete, dass es in Deutschland wegen der Flüchtlingsströme eine Herrschaft des Unrechts gäbe, bestärke er diejenigen Rechtsextremen, die Kanzlerin Merkel schon seit langem als Volksverräterin und Tyrannin beschimpfen. "Daraus können einige dann auch die moralische Rechtfertigung ableiten die politisch Verantwortlichen dieses Unrechtsregimes und die Flüchtlinge gewaltsam zu beseitigen", warnte Raabe. Die Folgen dieser Art von geistiger Brandstiftung seien in fast täglichen Brandanschlägen auf Flüchtlingsheimen,



der Messerattacke auf die Kölner Oberbürgermeisterin Reker und den Morddrohungen gegen Landrat Erich Pipa zu beobachten. "Wenn Seehofer, der selbst mit drei CSU-Ministern Teil der Bundesregierung ist, Deutschland als Unrechtsstaat bezeichnet und gleichzeitig einen peinlichen Kniefall vor Wladimir Putin in Moskau macht, muss man sich schon fragen, ob er noch geistig zurechnungsfähig ist." Die Flüchtlingswelle könne man nur mit mehr sozialem Wohnungsbau, mehr Lehrern, mehr Geld für die



**Dr. Sascha Raabe**  
MdB  
Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73334  
Fax: (030) 227 - 76376  
E-Mail:  
[sascha.raabe@bundestag.de](mailto:sascha.raabe@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**  
Am Freiheitsplatz 6  
63450 Hanau  
Tel: (06181) 24098  
Fax: (06181) 259756



Kommunen und der Bekämpfung der Flüchtlingsursachen in den Griff bekommen. Dies habe auch einen wirtschaftlichen Aspekt, denn die Hilfe in den Herkunftsländern vor Ort komme dem Steuerzahler billiger als die Versorgung und Ausbildung der Flüchtlinge in Deutschland. Bis März/April müsse etwas geschehen, „weil wir nicht noch einmal eine Million Flüchtlinge aufnehmen können“.

Gefordert seien auch die anderen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die Flüchtlingswelle sei, so Raabe, eine Gemeinschaftsaufgabe der EU. Alle Mitgliedsstaaten hätten die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben. „Es kann nicht angehen, dass einige Länder Milliarden EU-Hilfsgelder vor allem deutscher Steuergelder kassieren und dann sagen, es sei nicht ihre Kultur, Flüchtlinge aufzunehmen. Wenn sich andere Staaten dieser Aufgabe verweigern, dann sollen sie entweder aus der EU austreten oder keinen Cent mehr bekommen. Es gibt Rechte und Pflichten“, sagte Raabe. Das Ziel für die EU müsse sein, feste Kontingente bei einer gerechten Verteilung aufzunehmen. „Die Flüchtlinge sollen in sicheren Schiffen hierherkommen und

nicht mehr in Schlauchbooten“, forderte Raabe.

Eine scharfe Schelte gab es auch vom Vorsitzenden und Spitzenkandidaten der SPD-Bruchköbel Norbert Viehmann und vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Ließmann – für die in Bruchköbel regierende CDU. Das Endergebnis von 30 Jahren CDU-Politik sei für die Stadt vernichtend. Die SPD habe Bruchköbel einst als eine der blühendsten Städte des Kreises übergeben, heute sei man in vielerlei Hinsicht Schlusslicht. Bürgermeister Günter Maibach setze viele Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht um, das Arbeitsklima in der Verwaltung sei schlecht. Und beim Großprojekt Innenstadtumbau habe der Bürgermeister freie Hand haben wollen über Investitionen von 30 bis 40 Millionen Euro. Erst die SPD habe durchsetzen können, dass die Bürger beteiligt, das Tafelsilber nicht verkauft und auf Public Private Partnership verzichtet werde.

Die SPD stehe für eine soziale Politik, für bezahlbare Kitaplätze und Wohnungen, bessere Angebote für die Jugend. „Und wir werden stets auch die Stadtteile im Blick behalten“, sagten Viehmann und Ließmann übereinstimmend.



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**  
Bürgermeister a.D.

## Pressemitteilung vom 08.02.2016

### Beeindruckt vom Umweltbewusstsein der Deutschen

Eines Tages US-Präsidentin? - Teenager Liesl Jenkins lebt für ein Jahr in der Region

Am Anfang staunte sie über die Vielzahl an Bussen und Bahnen, dann über das große Umweltbewusstsein der Deutschen. „Ich hätte nicht gedacht, dass die Deutschen ihren Müll in vier verschiedene Tonnen trennen“, zeigt sich Liesl Jenkins beeindruckt. Die 16-Jährige aus Ocean Springs am Golf von Mexiko erlebt im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms des Deutschen Bundestages (PPP) ein Jahr lang Deutschland. Im Gespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Sascha Raabe schilderte die junge Frau aus dem US-Bundesstaat Mississippi ihre Eindrücke, Erlebnisse und Ziele. „Liesl ist ebenso interessiert wie infor-



miert und gerade in politischen Dingen für ihr Alter sehr reif“, stellte Raabe fest.

### Kontakt: Deutscher Bundestag

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73334  
Fax: (030) 227 - 76376  
E-Mail:  
sascha.raabe@bundestag.de

### Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6  
63450 Hanau  
Tel: (06181) 24098  
Fax: (06181) 259756





Das Gespräch mit Jenkins streifte die Themen Atomkraft, Weltklimagipfel, Entwicklungszusammenarbeit, Flüchtlinge und Fluchtursachen. Besonders Interesse fand bei der jungen US-Amerikanerin die Arbeitsweise der Großen Koalition, also die Zusammenarbeit der beiden größten Parteien CDU und SPD, was in den USA in etwa einer gemeinsamen Regierung von Republikanern und Demokraten entspräche. In den USA wäre dies wohl undenkbar, zu weit liegen die Positionen der beiden großen Parteien dort auseinander. Ihre Erlebnisse in Deutschland haben die politischen Ansichten der Austauschschülerin verändert, gerade im Umweltschutz. „Es gibt so viele Dinge, die in den USA stärker im Fokus liegen als der Umweltschutz. Das möchte ich ändern“, sagte Jenkins, die in Rodenbach bei einer "ganz tollen Gastfamilie" lebt und die Karl-Rehbein-Schule Hanau besucht. An ihrer Highschool ist Liesl Jenkins bereits Mitglied politischer Clubs. Sie möchte die USA

zu einem besseren Land machen. Um das zu erreichen, hat sie einen großen Berufswunsch: „Mein Ziel ist es, Präsidentin zu werden.“ Auf Raabes Frage, was sie vom umstrittenen Präsidentschaftsbewerber Donald Trump halte, antwortete sie: „Donald Trump ist ein sehr erfolgreicher Geschäftsmann und sollte deshalb in seinem Business bleiben.“ Eine sehr gute Antwort, fand der SPD-Bundestagsabgeordnete, der Liesl Jenkins für ihre politische Karriere viel Erfolg wünschte. Zum Abschluss ihres Deutschland-Besuchs wird Liesl Jenkins im Juni Berlin und den Deutschen Bundestag besuchen. Sascha Raabe sagte zu, dass er sich dann die Zeit nehmen will, um ihr persönlich einen weiteren Einblick in die große Welt der Politik zu ermöglichen. Im Gegenzug bat er Liesl Jenkins darum, dass sie sich später als US-Präsidentin an ihren deutschen Bundestagsparlament erinnern möge, um ihn mal zum Kaffee ins Weiße Haus einzuladen.

Pressemitteilung vom 05.02.2016

## Handelspolitik als Auslöser für einen Teufelskreis Bundestagsabgeordneter Dr. Raabe referiert bei der SPD Birstein über Fluchtursachen

Birstein. Krieg ist die eine Ursache, aber auch Globalisierung, Handelspolitik und Agrarexporte spielen eine große Rolle, dass immer mehr Menschen sich auf die Flucht begeben, auf die Suche nach einer neuen, einer besseren Heimat. Diese komplexen Zusammenhänge erläuterte der Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe aus dem Wahlkreis Hanau auf Einladung der SPD Birstein. „Eins ist sicher: Fluchtursachen können wir am besten vor Ort bekämpfen“, erklärte Raabe vor rund 40 Gästen im Sportlerheim der KSG Unterreichenbach. Seit Jahren fordert der Experte für Welthandel eine Aufstockung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, erst jetzt reagiere die Bundesregierung. Dass Handelspolitik Auslöser für einen „absurden Teufelskreis“ ist, machte Raabe an einem Beispiel deutlich. Ein Tomatenbauer aus Westafrika konnte gut von seinem Anbau leben – bis von der EU subventionierte Tomaten aus Südeuropa den afrikanischen Markt überschwemmten. Der Bauer ging pleite, flüchtete nach Italien, wo er heute als billige Arbeitskraft Tomaten für einen der Produzenten erntet, der seine

von der EU geförderten Waren auch in sei-



ne Heimat exportiert. „Die Menschen flüchten aus Syrien vor dem Krieg. Aber in vielen afrikanischen Ländern sind es eher Armutsgründe. Wir sprechen hier dann abfällig von ‚Wirtschaftsflüchtlingen‘. Dabei ist es doch nur verständlich, dass Menschen, die keine Perspektive sehen, sich auf die Suche nach einer besseren Zukunft begeben“, sagte Raabe und erinnerte an die Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, als hunderttausende Menschen von Ost nach West zogen.



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**

Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik  
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

E-Mail:

[sascha.raabe@bundestag.de](mailto:sascha.raabe@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**

Am Freiheitsplatz 6

63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756



Diese Perspektivlosigkeit habe viel mit der Gestaltung von Handelsverträgen zu tun. Wenn in einer globalisierten Welt Transportkosten so gut wie keine Rolle mehr spielen und durch Handelsabkommen immer mehr Zölle wegfallen, werde dort produziert, wo die Arbeit am billigsten ist und die geringsten Arbeitnehmerrechte gelten. „Jeder Mensch muss von seiner Hände Arbeit leben können“, forderte der SPD-Politiker. Und es sei naiv zu glauben, dass der Flüchtlingsdruck nachlassen werde, wenn vielleicht in zwei, drei Jahren der Krieg in Syrien beendet sei, weil sich Afrikas Bevölkerung bis 2050 auf zwei Milliarden Menschen verdoppeln werde, während der Aufkauf von Ackerland durch ausländische Konzerne sowie stetig zunehmende Dürren die Versorgung vor Ort immer weiter gefährden.

Raabe hatte sein Amt als entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion 2013 aus Protest darüber aufgegeben, weil der Etat für Entwicklungszusammenarbeit nicht ausreichend aufgestockt wurde. Seitdem hatte er immer wieder für eine Erhöhung der Mittel gekämpft. Die Zusage dafür erfolgte im Frühjahr 2015, leider zu spät, um die Flüchtlingswelle noch aufzuhalten: „Ich wäre froh, wenn ich nicht Recht behalten hätte. Aber mir war schon vor Jahren klar, dass wir angesichts von einer Milliarde Menschen auf der Erde, die in Hunger und extremer Armut leben, viel

mehr Anstrengungen unternehmen müssen. In unserem Nachbarkontinent Afrika ist bittere Armut weit verbreitet. Wir müssen dort vor Ort helfen, sonst kommen die Menschen verständlicherweise zu uns.“

„Wir müssen in Handelsabkommen darauf bestehen, dass nur Produkte gehandelt werden dürfen, bei deren Herstellung ökologische und soziale Mindeststandards, wie das Verbot von Kinderarbeit und die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten gewährleistet werden. Auch beim Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU müssen wir dies verbindlich einfordern, weil es Standards für weitere Abkommen beispielsweise mit Indien und Vietnam setzt“, schloss der SPD-Politiker den Bogen. Es gehe um gerechten Handel, um eine Globalisierung im Sinne der Menschen und nicht darum, die Macht der Konzerne zu verewigen.

Zum Auftakt der Veranstaltung hatte Birsteins SPD-Vorsitzender Lothar Ganß das Programm für die Kommunalwahl vorgestellt, in dem sich die Birsteiner Genossen unter anderem die Vitalisierung der Ortskerne, Wohnen für Senioren, die Verbesserung der Infrastruktur und des ÖPNV sowie die Förderung ehrenamtlichen Engagements auf die Fahnen geschrieben haben. „Das ist ein sehr gutes Programm, das von kompetenten Personen vertreten wird“, lobte Raabe.



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**

Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik  
11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

E-Mail:

[sascha.raabe@bundestag.de](mailto:sascha.raabe@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**

Am Freiheitsplatz 6

63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756

